

Bonn und Paris würgen am Euro

VON JOSEF JOFFE

Die Idee war gut und der Weg dahin auch. Als die Mauer fiel und die Wiedervereinigung nicht mehr zu stoppen war, mußten die europäischen Nachbarn, zumal Frankreich, von der künftigen Berliner Republik „Kompensation“ erhalten, wie es im 19. Jahrhundert hieß. Befreit von den Fesseln des Kalten Krieges, würden die Deutschen bald die Nummer eins in Europa sein. Was also lag näher, als *das* Symbol deutscher Macht – die D-Mark – zu vergemeinschaften?

Was Kohl und Mitterrand sich anno 1990 mit dem Euro ausgedacht hatten, war eine weise und wunderbare Idee – die friedliche Eindämmung, ja Selbsteindämmung deutscher Macht. Und der Weg dahin war auch ganz klug trassiert. Die Europäer – das war die Logik von Maastricht – würden sich Ketten anlegen, sich einem Automatismus unterwerfen, den zu sprengen keine Regierung mehr wagen könnte. Erst die „Maastricht-Kriterien“, dann der „Stabilitätspakt“ – ein doppeltes Stahlkorsett also, das alle für immerdar in die gleiche wirtschaftspolitische Disziplin zwingen würde. Die Schiffe sollten verbrannt, die Fluchtwege blockiert werden.

Der Wahlausgang in Frankreich, der deutsche Krieg ums Bundesgold sind schrille Signale des Alarms. Sie zeigen, daß die Ketten dünn gescheuert sind – und das ausgerechnet in den beiden Ländern, die sich als Lokomotiven vor das Euro-Projekt gekoppelt haben. In der Sache wäre der Goldkrieg unnötig gewesen; es stehen keine *prinzipiellen* Gründe gegen die Aufwertung des Hortes zu Marktpreisen. Wirklich gravierend sind das Datum und das Motiv. Es geht darum, Maastrichtgemäß Löcher in einem Defizit zu stopfen, das ein strukturelles ist und deshalb weiter klaffen wird. Das Gold der Tietmeyers ist ein Pflaster, keine Medizin. Und die Krankheit heißt: Unfähig zu sparen, nicht willens, die Steuern zu erhöhen, muß der Bund mehr ausgeben, als er unter Maastricht darf.

Noch alarmierender sind die Signale aus Frankreich. Hier hatte ein verblendeter Präsident geglaubt, vom Wähler ein Mandat für eine schmerzhaft Operation nicht bloß am Defizit, sondern am französischen System überhaupt zu bekommen. Die vernichtende Niederlage, die eine Vier-Fünftel-Mehrheit der Bürgerlichen in eine absolute der Linken verwandelt hat, ist nicht nur ein Knüppelhieb für Chirac. Der Erdbeben ist, indirekt, eine Absage an Maastricht, an die Fiskaldisziplin, die sich die Europäer als Stahlkorsett um den Leib geschnürt hatten.

Sicher, die Wahl war vorweg ein wütender Protest gegen Chiracs Rechte, unter der sowohl die Steuerlast als auch die Arbeitslosigkeit gestiegen sind. Zumindest hatten Chirac und sein Palladin Juppé die Richtung ge-

wiesen, dorthin, wo der verkrustete, elitäre französische Überstaat den Anschluß an Modernisierung und Weltmarkt finden könnte. Und was will die Linke?

Die Kommunisten, die irgendwie an der Regierung beteiligt werden müssen, und sei es nur per Tolerierung, hassen den Markt ebenso wie den Euro. Die Sozialisten haben zwar unter Mitterrand den Euro miterfunden, aber sie knüpfen ihn nun an Bedingungen, die kaum zu erfüllen sind: an die Teilnahme von Italien und Spanien, an einen „Solidaritäts- und Wachstumspakt“, was mehr Staatsausgaben und Schulden bedeutet. Ihr Führer Lionel Jospin will 350 000 öffentliche Jobs schaffen und die Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich senken. Beides würde den Staatshaushalt noch weiter aufblähen, und dessen Defizit beträgt heute schon 4,2 Prozent vom Inlandsprodukt. Das sind 1,2 Punkte mehr als Maastricht erlaubt.

Der Euro und Europa sind tief in die Sackgasse geraten. Es ist ja richtig, daß die Stabilitätskriterien (sprich: ein bescheidener Staat) den Pfad der rechten Tugend weisen, mit oder ohne Euro. Bloß: Die Ereignisse in Frankreich und Deutschland besagen, daß die Gesellschaft diesen Pfad nicht beschreiten will, jedenfalls nicht jetzt, da beide Länder unter doppelstelliger Arbeitslosigkeit leiden. Es ist zwar heute falsch, wie einst der selige Keynes auf *deficit spending* und staatliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu setzen; es funktioniert nicht mehr. Aber der moderne Deutsche sagt ebenso wie der rückständige Franzose: „Sparen? Nicht bei mir.“

Und deshalb muß der arme Waigel die Bundesbank zu buchhalterischen Tricks zwingen; deshalb verheißt der triumphierende Jospin noch mehr Geschenke aus dem Füllhorn eines bankrotten Staates. Die Konsequenz ist ganz simpel: Die Kriterien werden „aufgeweicht“, oder der Euro wird verschoben. Aufweichung heißt: Jedes Land geht, innenpolitischen Diktaten gehorchend, wirtschaftspolitisch seinen eigenen Weg. Das ist der Tod der Währungsunion. Wenn nicht alle Waggons im gleichen Tempo in dieselbe Richtung rollen, reißt der Zug auseinander oder entgleist.

Verschiebung? Das ist der Tod auf Raten; es sei denn, die Kohls und Chiracs erkennen, daß sie sich zuviel vorgenommen haben. Sie haben den zweiten Schritt vor den ersten gesetzt. Die Währungsunion schafft keine Polit-Union; sie setzt sie voraus: eine gemeinsame Zukunftsvision, eine Loyalität zu Europa, die stärker ist als die zu Bonn, Paris oder Rom. Die Ereignisse in Frankreich und Deutschland sind nicht zu belobigen, aber sie sind eine Warnung: Den Gesellschaften ist das nationale Hemd näher als das europäische Korsett.